



**SPD Gemeinderatsfraktion
Oberndorf am Neckar**

**Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
liebe Gemeinderatskolleginnen und -Kollegen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Acker,
sehr geehrter Herr 1. Beigeordneter Kopf,
sehr geehrte Frau Ziegler,
sehr geehrter Herr Weber,
sehr geehrter Herr Lübke,
sehr geehrte Mitarbeitende der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Presse,**

ein Zitat zur Einleitung der Haushaltsrede verkneife ich mir, vermutlich ist auch nach all den vielen, die uns ein sehr agiler Bürger in seinen zahlreichen Mails schickte, überhaupt kein unerwähntes mehr übrig!

Corona ist eine ständige Belastung seit 2 Jahren, denn kein Tag vergeht ohne Debatten über Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, zu Lockdown, zu Lockerungen, Impfpflicht und Auslastung unserer Krankenhäuser. Überlastet sind unsere Gesundheitssysteme, unsere Pflege- und Bildungseinrichtungen, die Verantwortlichen, die Entscheidungen zu treffen haben, Familien mit Kindern in Kita und Schule aber auch Großeltern, Berufstätige, ältere Ehepaare oder Alleinstehende und junge Menschen in Ausbildung und Studium, zusammenfassend: wir alle.

Sorge macht uns, dass Corona oder unter dem Deckmantel von Corona unsere Gesellschaft sich immer mehr entzweit. Wir müssen miterleben, dass nicht alle Menschen Eigenverantwortung und Einsicht haben, das Notwendige zu tun, wie Kontakte einzuschränken oder Masken- und Hygieneregeln einzuhalten. Unzufriedenheit mit Staat und Demokratie, Impfgegner, Coronaleugner, zunehmende Staats- und Demokratiefeindlichkeit, gemischt mit altbekannten Extremen aus dem rechten Lager, sind eine gefährliche Mischung, insbesondere wenn Andersdenkende nicht geachtet oder gar eine mangelnde Distanz zu Gewalt mit einhergeht.

Zudem führt die allgegenwärtige Präsenz vieler Menschen in den sogenannten Sozialen Medien immer mehr zu einer Verrohung der Sprache, zu Angriffen unter der Gürtellinie auch hier bei uns, gegenüber Gemeinderäten und Mitarbeitenden von Verwaltungen. Die Grenzen, wann solche Äußerungen als Beleidigung eingestuft und geahndet werden, sind leider trotz aller inzwischen auch laufenden Kampagnen, wie hateaid, die Betroffenen Mut machen sollen, noch immer ziemlich vage.

Dies ist für uns, die SPD Fraktion, auch nach wie vor, ein Grund, Openpetition und ähnliche Portale nicht zu unterstützen, weil Äußerungen, die anonym und nicht in persönlichen Diskussionen oder Schreiben getätigt werden, oft dazu führen, dass

sie die Grenzen einer sachlichen Kritik überschreiten und keinesfalls zu einem konstruktiven Meinungs austausch führen.

Zum Haushalt 2022 und zur mittelfristigen Finanzplanung

Der 1. Haushalt, der nach den Grundsätzen der Doppik erstellt wurde, war der für das Jahr 2018. Der diesjährige ist nun der 5. nach Einführung der Doppik. Die Eröffnungsbilanz steht noch aus. Dies soll keine Kritik an Ihnen Herr Weber als Kämmerer sein. Ihr Fachbereich ist Teil des Geschäftskreises 2, der von unserem 1. Beigeordneten geleitet wird. Die SPD Fraktion geht davon aus, dass die Verwaltung und Sie, Herr Kopf, als 1. Beigeordneter und ausgewiesener Finanzexperte die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit die Eröffnungsbilanz, die uns schon für den letzten Herbst angekündigt war, zeitnah vorgelegt wird, damit der Haushalt 2022 genehmigt werden kann.

Mittelfristige Finanzplanung:

Herr Bürgermeister Acker, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede den Prüfbericht der GPA angesprochen, der hinweist, dass im Haushaltsplan die Grundsätze der Kassenwirksamkeit und Jährlichkeit zu beachten sind. Auf die Veranschlagungsgrundsätze sei vermehrt zu achten, denn für die planerische Deckung von Investitionsausgaben wurden Kredite in Millionenhöhe veranschlagt, die aber nicht benötigt wurden. Sie Herr Bürgermeister Acker sehen keine Probleme, neu planerisch Kredite aufzunehmen, weil Sie nicht davon ausgehen, dass sich die Planungen realistisch umsetzen lassen, was dazu führt, dass es abwegig sei, so Ihre Aussage, den tatsächlichen Schuldenstand aus der Haushaltsplanung abzuleiten.

So erfreulich laut Bericht Entwicklung Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt und Kreditaufnahme die Zahlen, insbesondere der Zahlungsmittelüberschuss von 2,122 Mio € ist, so interessant ist die Frage, wie haltbar ist die Summe über eine Kreditaufnahme in 2022 von 5,133 Mio €? Angesichts von Übertragungen im Tiefbau von 2,5 Mio € aus 2021 und einem Planansatz 2022 von 7,6 Mio €, drängt sich die Frage auf, was kann die Verwaltung in 2022 abarbeiten oder wie hoch werden die Übertragungen aus 2022 nach 2023 sein?

Angesichts von Verpflichtungsermächtigungen in 2023 von 5.495.000 € = 69,77 % vom jetzigen Planansatz 2023 für Projekte in der mittelfristigen Finanzplanung und sicherlich Übertragungen aus 2022 nach 2023, brauchen wir uns im 2022 keine Gedanken machen, was wir noch an weiteren Projekten im Tiefbau für den Haushalt 2023 anmelden wollen, das bedeutet eine entspannte Runde Haushaltsberatung im Herbst.

Auch im Hochbau sind Übertragungen aus 2021 nach 2022 von 4,03 Mio € zu 4,729 Mio € Planansatz für 2022 aufgeführt und für 2023 Verpflichtungsermächtigungen von 1,581 Mio€, was 47,13 % des Planungsansatzes bedeutet.

Für den Haushalt 2023 bleibt uns nicht viel Spielraum für neue, noch nicht begonnene Vorhaben.

Wenn wir die mittelfristigen Finanzplanungen der letzten Haushalte vergleichen, dann sind die unterschiedlichen Ansätze nicht nur auf situationsbedingte Neubewertung und Fortschreibung zurückzuführen. Wie unsere Fraktion bereits in den Vorberatungen betonte, sollten nur „leistbare“ Baumaßnahmen Grundlage für die Haushaltsplanungen sein und mit leistbar, meinen wir nicht, das, was Sie Herr Kopf in Ihrer Rede als realistisches Investitionsprogramm, das sich finanziell umsetzen lässt, sondern eines, das auch die betroffenen Fachbereiche abarbeiten können, ohne dass die Mitarbeitenden ständig überlastet sind.

Haushaltsplan und Wirklichkeit,

dies bedeutet nicht nur zu Coronazeiten Investitionen, wie der Einbau von Lüftungsanlagen, den alle Fraktionen mitrugen, nicht nur, weil wir Förderungen bekamen, sondern auch konfrontiert waren mit ausgelasteten Baufirmen und Handwerksbetrieben, fehlendem Material und überteuerten Preise.

Stadtentwicklung

Wieder einmal nehmen wir einen Anlauf, die Bürger in die Stadtentwicklung einzubinden. Nach einem aufwendig ins Leben gerufenen Agendaprozess und zahlreichen Arbeitsgruppen, die sich leider wieder auflösten, nach Vorträgen und Umfragen durch die Initiative Baukultur, einigen herzhaften Diskussionen im Gemeinderat zu Bauausführungen geplanter Sanierungsprojekte, nach Aktionen, wie Potentiale (wurde leider nicht angenommen), IHK Untersuchungen wird uns die quartiersorientierte Stadterneuerung herausfordern. Die Frage nach dem Bestand und der Weiterentwicklung des baukulturellen Erbes ist ein ressortübergreifendes Querschnittsthema. Eine nachhaltige Stadtentwicklung soll optimale Voraussetzungen für ein zukunftsgerichtetes Leben und Wirtschaften ermöglichen wie z. B. Der Verkauf des Bahnhofs an einen privaten Investor, der die Bausubstanz fachgerecht ertüchtigt. Die SPD Fraktion hat dieses Projekt gerne unterstützt und hofft, dass der geplante regionale Markt gut angenommen wird.

Wir, die SPD Fraktion schlagen zudem vor, dass sich die Verwaltung damit befasst, nachdem wir nun für das Wasserwerk andere Räumlichkeiten in der Wasserfallstrasse 35 zur Verfügung haben, das Gebäude in der Wasserfallstrasse 41 an einen Käufer, der Interesse hat, das Gebäude fachgerecht zu renovieren und zu sanieren, zu verkaufen.

Wir bitten die Verwaltung zu überprüfen, ob das Gebäude in die Liste, der Kulturdenkmäler aufgenommen werden kann. Unsere Fraktion hatte Kontakt zu einem Investor, der das Gebäude dann ggf erwerben würde.

Wir bitten die Verwaltung zudem, das Gebäude insoweit so zu behandeln, dass keine weiteren Schäden entstehen.

Unsere Fraktion wird sich auch weiterhin für den Erhalt an Stadtbild prägenden Gebäuden einsetzen und gerne auf das Ergebnis der beiden in der Kameralstrasse vorbildlich sanierten Gebäude verweisen.

Die Beteiligung von Anwohnern, Gewerbetreibenden und interessierten Bürgern an der Planung in der Talstadt war aus Sicht unserer Fraktion sehr gelungen. Das Sanierungsgebiet wird für die Anwohner und Gewerbetreibenden eine große Belastung sein. Wir bitten die Verwaltung, die Baumaßnahmen mit den Betroffenen rechtzeitig abzustimmen.

Brauereiareal:

Die SPD Fraktion hält es für notwendig, dass die Verwaltung regelmäßig öffentlich über den Stand der Entwicklung des Brauereiareals berichtet. Es gibt nichts Schlimmeres als Spekulationen.

Der SPD Fraktion ist die barrierefreie Anbindung der Talstadt zum Stadtgarten in der Oberstadt ein wichtiges Anliegen.

Teile der Fraktion bedauern den Abriss des Brauereiturms, der über lange Zeit das Stadtbild prägte.

Kindergärten:

Wie notwendig Betreuungsplätze in Kitas im ganzen Stadtgebiet sind, das macht uns schon Kopfzerbrechen. Bausubstanz und Lage der Kita des Bonhoefferhauses, der für Eltern in der Oberstadt sicher ein gut erreichbares Betreuungsangebot ist, die Probleme des Daches am St Raphaelkindergarten in der Teckstrasse, die Erweiterung der Kita in Bochingen, weil ein neues Baugebiet Bedarf an weiteren Betreuungsplätzen notwendig macht, das wird uns nicht nur in diesem Haushaltsjahr beschäftigen.

Die SPD Fraktion unterstützte daher das Projekt Wabe auf dem Lindenhof und hofft, dass nun nach dem Bauantrag zügig mit dem Neubau begonnen wird.

Entwicklung der Ortsteile:

Parallel alle Bereiche der Stadt entwickeln zu können, das ist eine unlösbare Aufgabe. Wir Gemeinderäte wissen, dass sich erfolgreiche Politik im Ortschaftsrat sehr oft über neue Baugebiete definiert.

In Boll wird innerorts erschlossen, das haben wir gerne mitgetragen. In Bochingen und Hochmössingen werden neue Baugebiete geplant und erschlossen. Die Initiative der Freien Wähler, den Aufkaufpreis für Grunderwerb zu erhöhen, wird auch zu Erhöhungen bei den Bauplatzpreisen führen.

Wir möchten aber auch nochmals daran erinnern, dass wir durch die Erschließung von Bauland auf der Grünen Wiese in Ortsrandlage große Flächenverbräuche haben. Wir bitten daher die Verwaltung und die Ortschaftsgremien sich mit den Innerörtlichen Freiflächen und untergenutzten Grundstücken zu befassen, - aktiv damit umzugehen, Leerstand bei den Eigentümern anzusprechen, denn Kartierungen alleine über den Istzustand reichen nicht aus.

Sozialer Wohnungsbau:

Bei der Vergabe von Bauplätzen für Mehrfamilienhäuser wäre es aus Sicht der SPD Fraktion notwendig, Baugenossenschaften anzusprechen. Deren Geschäftspolitik befasst sich eben nicht damit, Wohnungen für Geldanleger zu errichten, sondern Menschen langfristig bezahlbaren Wohnraum anzubieten, Sozialwohnungen zu schaffen, ggf über Querfinanzierung eines Quartiers.

Diskussion um Personal und befristete Arbeitsplätze:

Die SPD Fraktion sieht die Herausforderung bei der Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, in der Jugendarbeit, in der Seniorenarbeit und Sozialarbeit an den Schulen. Wir schätzen die Arbeit, die hier geleistet wird, weil sie nicht nur über Ehrenamt erfolgen kann und wir sind der Meinung, dass es weder hilfreich ist, immer wieder diese Personalstellen zu hinterfragen, noch der Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadt gerecht wird.

Die Notwendigkeit zum Bau eines neuen Jugendraums auf dem Lindenhof hat unsere volle Unterstützung.

Klimaschutz und Energieversorgung

Die SPD Fraktion regt an, die Bürger bei der Investition in Windräder auf städtischer Gemarkung einzubeziehen und die Bürgerschaft immer wieder zu informieren.

Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert

Luftfiltergeräte wurden fraktionsübergreifend befürwortet, ebenso die Verbesserung der digitalen Ausstattung. Der SPD Fraktion ist es bewusst, dass wir uns auf diesem Stand nicht ausruhen können. Wir sehen auch, dass die Gemeinden bei den immer neuen Herausforderungen an ihre Grenzen stoßen. Förderprogramme von Bund und Land führen dazu, dass Gemeinden sich einlassen und dann die Folgefinanzierung haben.

Welche Anforderungen das Gesetz zur Ganztagesförderung und der normierte Rechtsanspruch an die Schulträger stellen, das können wir heute noch gar nicht werten.

Infrastruktur:

Die SPD Fraktion sieht die Notwendigkeit, permanent die digitale Infrastruktur und die Stromversorgung zu optimieren und die Leistungserbringer immer wieder aufzufordern über den Stand und die anstehenden Ausbaustufen im Gemeinderat zu informieren.

Die Qualität des Trinkwassers, und der Kläranlage, die Anforderungen, wie mit Phosphor und anderen Bestandteilen unseres Abwassers umgegangen wird, sehen wir bei Frau Bloß als Leiterin des Tiefbauamtes in guten Händen. Gleichwohl sorgt uns der Bestand an alter Infrastruktur bei Kanal und Wasserleitung.

Da wir als Stadt Oberndorf in der Region mit die höchsten Frischwasser- und Abwasserpreise haben, müssen wir beim Erhalt der doch recht kostenintensiven Einrichtungen von Wasserwerk und Kläranlage auch auf die Gebührenentwicklung für unsere Bürgerschaft hinweisen.

Unser Dank geht in dieser Haushaltsrede vordringlich an all die Menschen, die an ihren Arbeitsplätzen die Herausforderung von Corona bewältigen mussten, die in der Pflege kräftezehrende Arbeit leisteten, in den Schulen und Kindergärten flexibel und kreativ die ständig wechselnden Regelungen umsetzten und dazu beitrugen, dass der Alltag wenigstens zeitweise kalkulierbar blieb und auch ganz besonders an die Menschen bei Rettungsdienst, Polizei und Feuerwehr, die in vorderster Linie, so manche Herausforderung hatten.

Danke an Sie Herr Bürgermeister Acker, den Sie bitte an die Mitarbeitenden im Rathaus, deren Namen wir hier nicht alle nennen können, aber wohl wissen, was sie für unsere Stadt leisten, weitergeben mögen. Es war ein schwieriges Jahr, nicht nur wegen Corona.

Danke an Sie Herr 1. Beigeordneter Kopf, an Sie Herr Weber und Herr Lübke und Frau Ziegler für den immer fairen Umgang mit uns Gemeinderäten.

Danke auch an die Kollegen der beiden Fraktionen für die offen geführten, sachlichen Diskussionen.

Danke auch an die beiden Kollegen Fraktionsvorsitzenden für die Bereitschaft immer wieder aufeinander zuzugehen und Probleme anzusprechen.

Wünschen wir uns ein weniger belastendes Jahr 2022 als 2021 und den Narrenzünften, Musik- und Sportvereinen, kulturellen Veranstaltern und Kirchen wieder unbeschwertere Tage und Wochen und vielleicht sogar wieder bald „Normalbetrieb“

SPD Fraktion

Ruth Hunds